



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/200 - 31.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Das abgesagte Gespräch mit der Opposition	S. 1
Der Konflikt um Zypern	S. 3
Pankower Beklemmungen	S. 5
CDU-Kritik an der CDU-Saarerklärung	

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 880

Des Kanzlers alte Methode

sp - Kurzfristig ist für Freitagnachmittag eine Besprechung zwischen Mitgliedern des Parteivorstandes und des Vorstandes der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion angesetzt worden, deren Hauptthema die Moskau-Reise des Kanzlers sein wird. Ihr voran geht am Freitagvormittag eine gemeinsame Unterhaltung des Bundeskanzlers mit den Fraktionsvorsitzenden aller Parteien. Mit einer Aussprache zwischen dem Kanzler und dem Oppositionsführer allein ist nicht mehr zu rechnen.

Diese Entwicklung hat in sozialdemokratischen Kreisen enttäuscht, wenn auch nicht besonders überrascht. Es offenbart sich in ihr aufs Neue die seit Jahr und Tag vom Kanzler bevorzugte Methode bei der Behandlung der Frage, wieweit die Opposition vor wichtigen aussenpolitischen Entscheidungen unterrichtet und darüber hinaus zu Rate gezogen werden soll. Es ist nach den Umständen der Vorbereitung dieser Reise ganz klar, dass es sich bei der Besprechung am Freitagvormittag um eine Angelegenheit post festum, das heißt, ein rein informatives Gespräch handeln wird. Es dürfte sich keine Gelegenheit mehr bieten, auf die politischen Vorstellungen Einfluss zu nehmen, die der Kanzler in Moskau besonders in der Wiedervereinigungsfrage entwickeln wird.

Den Appell, eine möglichst breite parlamentarische Basis für eine bestimmte außenpolitische Aktion zu schaffen, hat die Regierung selbst wieder einmal dadurch wirkungslos gemacht, dass sie schon eine Aussprache über die Möglichkeit, zu gemeinsamen Auffassungen zu kommen, verweigerte. Diese nun schon traditionelle Praxis macht einmal mehr deutlich, welchen wirklichen Wert die häufigen Beteuerungen von Regie-

rungsseite haben, man müsse doch in nationalen Schicksalsfragen zusammenarbeiten und wie fehl am Platze die Vorwürfe an die Opposition sind, sie versage sich solcher Notwendigkeiten.

Die hier wieder offenbar gewordene Methode der Regierung mutet höchst seltsam an. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass sie auch im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Bonner Aufenthalt des Leiters der Europa-Abteilung im State-Departement, Livingstone Merchant, steht. Merchant bereist z.Zt. die westeuropäischen Hauptstädte. Sein Aufenthalt in Europa war mit amerikanischen Plänen in Zusammenhang gebracht worden, die u.a. eine amerikanische Beteiligung an dem von Eden in Genf vorgeschlagenen Sicherheitspakt mit Großbritannien, Frankreich, der Sowjetunion und einem wiedervereinigten Deutschland vorsehen. Eine "Nichtbestätigung" durch amtliche Washingtoner Kreise war alles, was Anfang dieser Woche gegen diese Indiskretion, die auch ein Versuchsballon sein konnte, laut wurde.

Solche Möglichkeiten haben offenbar an der massgebendsten Stelle in Bonn beunruhigt, der es richtiger erschien, vor jedem weiteren Gespräch mit den Parteiführern die amerikanischen Informationen abzuwarten. Sollten sich die Washingtoner Instruktionen Merchant's tatsächlich auf der angedeuteten Linie bewegen, so wäre das in der Tat äußerst bedeutungsvoll, besonders für den Kanzler und seine Moskau-Reise. Denn sie würden auf ganz neue Entwicklungsmöglichkeiten in der Wiedervereinigungsfrage hinweisen, wie sie bisher, soviel wir wissen, in den Überlegungen der Bundesregierung kaum eine Rolle gespielt haben, wohl aber in denen der Opposition.

Aber auch wenn man diesen Umstand außer Acht lässt, bleibt es sehr bedauerlich, dass der Kanzler sich in diesem historischen Augenblick einen offenen direkten Gespräch mit dem Führer der Opposition entzieht.

* * *

- 3 -

Schlechte Vorzeichen für die Zypern-Konferenz

E.A., London

Am 29. August begann in London die von Großbritannien einberufene Konferenz über Verteidigungsfragen im östlichen Mittelmeer und Zypern. Die Position, die von der griechischen und der türkischen Regierung eingenommen wird, verheißt keinen guten Auftakt.

Der griechische Außenminister Stephanopoulos lässt keinen Zweifel darüber, dass für Athen die Zypernfrage der Kernpunkt der Diskussion sein müsse. Die griechische Regierung hat bereits, um keinen Zweifel an ihrer Position aufkommen zu lassen, das Zypernproblem und das Recht der Inselbevölkerung auf Selbstbestimmung erneut auf die Tagesordnung der Vollversammlung der Vereinten Nationen setzen lassen. Seit langem sind ihre Hände gebunden. Sie hat "Enosis" - die Anschlussbewegung an Griechenland auf Zypern - seit jeher unterstützt. Dringende Vorstellung von London aus, dass sie besonders durch die von Athen betriebene Funkpropaganda das traditionelle Freundschaftsverhältnis mit Großbritannien aufs schwerste gefährde, hatten wenig Erfolg.

Geringer Verhandlungsspielraum

Während der Konferenzdauer wird Erzbischof Makarios, der Primat der griechisch-katholischen Kirche auf Zypern, nach London kommen, um der griechischen Delegation mit Rat zur Seite zu stehen. Makarios und die anderen kirchlichen Würdenträger haben in letzter Zeit sogar ihre offene Sympathie für die "EOKA"- Terroristen ausgesprochen, die für ihre Anschläge zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt sind. Wenn die griechische Delegation einerseits auf Makarios, andererseits auf die oppositionellen Parteien zu Hause Rücksicht nehmen muss, so bleibt ihr kaum Spielraum zu Verhandlungen. Sie muss, wenn sie die Existenz der Regierung nicht aufs Spiel bei ihrer intransigenten Haltung verharren und das Selbstbestimmungsrecht der zyprischen Bevölkerung höher stellen als die gemeinsamen englisch-türkischen-griechischen strategischen Interessen im östlichen Mittelmeer. *) setzen will,

Starre Haltung der Türken

Die türkischen Unterhändler sind mit gleichstarrten Instruktionen aus Ankara eingetroffen. Die Türkei bekämpft "Enosis" mit größerer Unnachgiebigkeit als Großbritannien. Sie fürchtet für das Schicksal der 100 000 türkisch-sprechenden Zyprioten, die rund ein Fünftel der Inselbevölkerung ausmacht. Die Anschläge auf Zypern richteten sich sowohl gegen die britische Besatzungsmacht als auch gegen die regierungsfreundlichen Türken. Natürlich bestreitet die Türkei das Recht auf Anschluss an Griechenland. Nach türkischer Auffassung hätte, wenn überhaupt ein Besitzwechsel zur Diskussion stünde, die Türkei das größere historische und strategische Recht. Die Insel habe mehr als 300 Jahre zur Türkei gehört, bevor diese sie 1878 an Großbritannien ab-

getreten habe, während sie in moderner Zeit niemals ein Bestandteil des griechischen Staates gewesen sei. Die Sprache der türkischen Presse lässt keinen Zweifel darüber, dass, sollte es zu weiteren "EOKA"-Übergriffen gegen die türkische Minderheit kommen, die dann hochgehenden Wellen der Erregung den Balkanpakt hinwegschwemmen würden.

Britische strategische Interessen

Wäre die britische Haltung zu Zypern ebenso starr wie die seiner beiden Verbündeten, so könnte man schon jetzt mit Bestimmtheit das Scheitern der Konferenz voraussagen. Aber schon die Tatsache, dass London die Griechen und Türken zu Besprechungen der strategischen Probleme des östlichen Mittelmeeres mit ausdrücklicher Erwähnung der Zypernfrage einlud, lässt darauf schließen, dass sich Eden und Macmillan einen gewissen Spielraum für Verhandlungen gelassen haben. Zwar ist die britische Regierung nicht so weit, dass sie die Insel, die sie seit einem Jahre zu einem festen Stützpunkt ausbaut, einer dritten Macht, so befreundet sie auch sein mag, überlassen zu dürfen glaubte. Sie möchte sich auch nicht auf einen festen Zeitpunkt festlegen, an dem sie ihren Halt auf Zypern lockern zu können versprechen möchte. Mit dem Hinweis auf die Erfahrungen in anderen kolonialen Gebieten wird für Zeitgewinn plädiert. Man brauche Zeit, um die Inselbevölkerung auf dem Wege über Selbstverwaltung soweit zu erziehen, dass sie später auch über ihre staatliche Zukunft entscheiden könne. In dieser Hinsicht dürfte London nicht viel mehr anbieten, als es schon zweimal durch neue Konstitutionen der Zypernbevölkerung geboten hatte.

Die Rolle des katholischen Klerus

Bisher scheiterten alle Versuche, einen Anfang durch Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung zu machen, an dem Widerstand des katholischen Klerus, dessen Forderung immer war: Enosis oder Nichts. Könnte man allerdings bei der Konferenz die Vertreter der griechischen Regierung davon überzeugen, dass ein Anfang mit Selbstverwaltung besser sei als durch Forcierung des Enosisausgangs die eigene Sicherheit zu gefährden und die traditionelle Freundschaft Großbritanniens und die Allianz mit der Türkei zu verlieren, so mag das für die Zukunft große Bedeutung haben. Wenn sich Athen mit London auf eine solche Entwicklung einigen könnte, dann würde damit der Enosisbewegung die Unterstützung von aussen entzogen, die sie braucht. Die Frage ist nur, ob Außenminister Stephanopoulos seine zyprischen Freunde enttäuschen und seine innerpolitischen Gegner mit seiner Zustimmung zu britischen Vorschlägen herausfordern darf.

Eine diplomatische Taktlosigkeit

Vielleicht wird der griechischen Delegation eine solche Zustimmung zu einer zeitlichen Vertagung der Enosislösung noch durch eine arge diplomatische Taktlosigkeit Londons erschwert werden. Sie zeigte sich ziemlich verärgert, als sie bei ihrer Ankunft erfuhr, dass nur einer der drei britischen Hauptdelegierten der Konferenz in der britischen Hauptstadt zugegen war. Von den zwei Abwesenden weilte Verteidigungsminister Selwyn Lloyd auf der spanischen Insel Mallorca, er zeigte keine Neigung, seinen Sommerurlaub abzubrechen. Der andere war Kolonialminister Lennox Boyd, der seiner Aufenthalt in Malaya verlängert hatte. Die Abwesenheit der zwei Minister verstärkte die griechischen Bedenken. Man fühlte, dass die Konferenz in britischen Regierungskreisen nicht ernst genommen wird und nur als Ablenkungsmanöver gedacht sei. Es sei übrigens noch erwähnt, dass die Labouropposition schon auf ihrem vorjährigen Parteitag in einer Entschliessung das Recht der zyprischen Bevölkerung auf volle Selbstbestimmung anerkannt hatte. * * * - 5 -

Provokationen und Rückzieher in Pankow

E.Z. - Berlin

Das Zwischenspiel, das SED und Sowjetzonenregierung zur Zeit in jener Atempause zwischen dem Abschluss der Genfer Konferenz und den bevorstehenden Verhandlungen der Aussenminister liefern, wirft ein kennzeichnendes Licht auf jene Kräfte, die von Moskau aus das sowjetzonale aussenpolitische Vorfeld der Sowjets bestimmen. Hat auch die Rückenstütze, die Chruschtschew unter stillschweigender Assistenz von Bulganin anlässlich seines Ostberliner Besuchs dem SED-Regime verabreichte, jetzt noch für Pankow auf der inneren Linie seine stärkende Wirkung, so ist nicht zu übersehen, dass SED und Zonenregierung doch gleichzeitig zu gewissen Rückziehern gezwungen sind.

Mit einer Perfidie sondergleichen versucht das Pankower Regime, durch Vorspiegelung eines kommunistischen Sieges in Genf die Widerstandsfront in der Zone zu locken. Dabei ist aber Pankow zu weit vorgeprescht. Ohne Zweifel auf einen Wink von Moskau hin muss die SED und Zonenregierung ihre Aktion abblasen, mit der sie die Bürger des sowjetisch besetzten Gebietes zu einer schriftlichen Verpflichtung erpressen wollten, künftig nicht mehr Westberlin oder Westdeutschland zu besuchen. Dieser Erpressungsversuch war als Höhepunkt der vermeintlichen Siegerlaune gedacht, die nicht zuletzt auch auf die Erklärungen Chruschtschews in Ostberlin zurückzuführen ist.

Immerhin, der Rückpfeiff aus Moskau muss der demonstrativen Aktivität, mit der Pankow in den letzten Wochen in den Vordergrund trat, sehr viel von ihrer beabsichtigten Wirkung nehmen. Die SED-Instrukteure und Parteisekretäre in den Betrieben wurden völlig überraschend angewiesen, von sofort an jeden Druck im Sinne einer Verpflichtung, Westberlin nicht mehr zu betreten, zu unterlassen. Unterschriftensammlungen wurden direkt als Verstoss gegen die Parteanweisungen bezeichnet.

Es muss gewiss seltsam berühren und die bisher nach Genf so starke Position von SED und Zonenregierung fragwürdig erscheinen las-

sen, wenn Kreisschulräte auf offiziellen Lehrerkonferenzen das auf der letzten Tagung verkündete Besuchsverbot für Westberlin plötzlich als nicht mehr aktuell hinstellen.

Auch auf anderen Gebieten musste die SED ihre Aktivität im Sinne einer demonstrativen Stärkung des Regimes eindämmen. So wurde mit einer Parteianweisung eine bisher gültige Anordnung aufgehoben, dass die jugendlichen SED-Mitglieder durch Parteauftrag zum Eintritt in die KVP gezwungen werden sollten. Die KVP-Werbung läuft zwar noch weiter, aber die ausgesprochenen Drückmassnahmen dürfen auch gegenüber Nichtparteimitgliedern nicht mehr angewendet werden. Dieselben hemmenden Einflüsse, die ohne Zweifel von den Sowjets kommen, machen sich auch bei der Forcierung des Ausbaus der sog. "Kampfgruppen" in den Betrieben bemerkbar. Die Ausbildung der KG-Mitglieder steht nach wie vor auf dem Papier, aber praktisch fällt sie meist ins Wasser, ohne dass die SED dagegen vorgehen würde.

Diese zwiespältigen Aspekte der Lage in Pankow sind nichts mehr als Symptome für das Wirken von politischen Kräften, die nicht übersehen werden sollten. Pankow hat freilich in seiner Einschüchterungskampagne das Plus auf seiner Seite, dass es den Zonenbewohnern immer wieder die Passivität der Bonner Regierung vor Augen halten kann. Der bevorstehende Besuch Adenauers in Moskau kann trotz der Bonner Ansprüche auf eine Diskussion der Deutschland-Frage diese offensichtliche passive Haltung der verantwortlichen Kräfte im Westen nicht ausgleichen. Die in Pankow anlässlich des Adenauer-Besuches getroffenen Vorbereitungen, zu denen die Sowjets ihre Zustimmung gegeben haben müssen, lassen erkennen, dass der Kreml nicht gewillt ist, die Pläne des Bundeskanzlers für seinen Moskauer Besuch zum Tragen kommen zu lassen. Man spricht in Ostberlin davon, dass die Sowjetzonenbotschaft in Moskau während des Adenauer-Besuches durch führende Mitglieder des Pankower "Ausschusses für Deutsche Einheit" verstärkt werden soll, um vielleicht - und dafür muss ein Wink des Kreml vorliegen - mit auf der Plattform erscheinen zu können.

Von Hassel und die Nein-Säger an der Saar

e. Auch in der Bonner CDU hat es einige Stimmen gegeben, die die Saarerklärung ihrer Partei vom vergangenen Wochenende missbilligten. Diese Stimmen haben sich nicht in die Öffentlichkeit vorgewagt, aber es gibt neuerdings einen Sympathie-Beweis eines massgeblichen CDU-Politikers für die Nein-Säger im Saargebiet, der zweifellos auch von den dortigen deutschen Parteien freudig aufgegriffen werden dürfte.

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel sagte am Sonntag - wie erst jetzt bekannt wird - im Kreise Rendsburg: "Jetzt singen die Menschen an der Saar die deutsche Hymne, aber sie tun das nicht, um einen simplen Nationalismus willen, sondern weil sie beweisen möchten, dass sie ihrem deutschen Vaterland treu geblieben sind". Unter Anspielung auf die Grenzkämpfe in Schleswig-Holstein fügte von Hassel hinzu: "Wir Schleswig-Holsteiner wissen, dass wirkliche und ganz und gar unpathetische Liebe zur Heimat die rechte Wegweiserin nach dem Europa ist, das wir uns alle von Herzen und ohne Vorbehalt wünschen."

Kann man diese Erklärung des CDU-Ministerpräsidenten nicht als Aufforderung an die deutschen Saarparteien ansehen, ihre Haltung unbeirrt fortzusetzen? Von Hassel hat es vermieden, sich von seiner Partei zu distanzieren, aber er hat doch mit versteckten Worten seine eigene, abweichende Meinung deutlich zum Ausdruck gebracht. Schon die Ermunterung der deutschen Saarparteien, die er offenbar beabsichtigte, widerspricht nämlich der Haltung, die aus dem CDU-Kommentar vom Freitag vergangener Woche erkennbar war.

Von Hassel, bisher einer der treuesten CDU-Politiker, ist mit seiner Erklärung um ein Beträchtliches vom Propagandaton seiner Partei abgewichen. Nach der Parlamentspause soll er als Präsident des Bundesrates antreten. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn er auch dort eigenes Urteil gegenüber der Meinung seiner Partei behalten würde.

* * *

Verantwortlich: Peter Raurau